

Die „Volksstimme“  
erscheint täglich mit Ausnahme  
der Tage nach Sonn- und  
Feiertagen.  
Verantwortlicher Redakteur:  
H. Baumüller, Magdeburg.  
Für den Inseratenteil  
verantwortlich:  
Karl Rankau, Magdeburg.  
Verlag von H. Harbaum,  
Magdeburg-Neustadt.  
Druck von L. Arnoldt,  
Magdeburg  
Fernsprech-Anschluß  
Nr. 1567, Amt I.

# Volksstimme

Prämienraben zu haben  
Abonnementpreis:  
Vierteljährlich inkl. Bringerlohn  
2 Mt. 25 Pf., monatlich 80 Pf.  
In der Expedition u. den Aus-  
gabestellen 2 Mt., monatlich 70 Pf.  
Bei den Postanstalten 2,50 Mt.  
inkl. Bestellgeld,  
Einzelne Nummern 5 Pf.  
Sonntags-Nummern 10 Pf.  
Zeitungsliste Nr. 7095.  
Inserationsgebühr 15 Pf.  
Arbeitsmarkt 10 Pf.  
für die gewöhnliche Zeit.

## Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Redaktion und Expedition: Magdeburg, Schmiedehoffstraße 5 u. 6. Motto: Die Wissenschaft und die Arbeiter  
Ferdinand Lassalle.

No. 48.

Magdeburg, Dienstag, den 26. Februar 1895.

6. Jahrgang.

### Die polizeiliche Auflösung der Leipziger Vertrauensmänner des Metall- Arbeiter-Verbandes.

Der Leipziger Volkszeitung liegt jetzt im Wortlaute der Beschluß vor, mittelst dessen am 6. Februar die lose Organisation des Metallarbeiter-Verbandes in Leipzig aufgelöst wurde. In dem Beschluß sind die Polizeibehörden, die zumest auf den Bericht der überwachenden Beamten basieren, häufig angezogen. Unter Hinweglassung dieser Verweisungen bringen wir nachstehend den Auflösungsbeschluß zum Ausdruck, da er für viele Gewerkschaften nicht ohne Interesse sein wird. Er lautet:

Mit dem Siege in Stuttgart besteht für das Gebiet des deutschen Reichs ein „Deutscher Metallarbeiter-Verband“. Dieser Verband beschäftigt sich nicht nur mit Unterstützungszwecken, sondern auch in hervorragender Weise mit öffentlichen Angelegenheiten, wie der für die Leipziger Metallarbeiterchaft bestimmte Aufruf des Verbandes beweist. Der Verband verfolgt danach im großen die Bestrebungen der lokalen sozialdemokratischen Fachvereine, er soll dazu dienen, die gewerkschaftliche Organisation der deutschen Metallarbeiterchaft im Sinne der sozialdemokratischen Partei durchzuführen.

Nach § 24 des schließlichen Vereinsgesetzes würde der Verband nur unter besonderen, von ihm nicht nachgewiesenen Voraussetzungen Zweigvereine im Gebiete des Königreichs Sachsen haben errichten dürfen. Die hiesigen Metallarbeiter waren sich, als sie im August 1891 beschlossen, dem Verbands beizutreten, über diesen mangelhaften Umstand keineswegs im Zweifel. Denn sie versuchten gar nicht erst, wie manche anderen gewerkschaftlichen Verbände, die Zustimmung der Aufsichtsbehörden zur Errichtung eines Zweigvereins, einer Zirkelstelle, zu erlangen, sondern sie beschloßen sofort, die Klippen des Vereinsgesetzes, welches eine Centralisation der Arbeitervereinigungen nicht zuließ, durch das Vertrauensmännerthum zu umgehen. Man wählte daher sofort einen Vertrauensmann (Schlemmer), der „den Anschluß an den Verband suchen sollte“ und stellte die Wahl der vom Verbands zu beauftragenden Bezirksvertrauensleute für die nächste Zukunft in Aussicht.

Die Wahl dieser Bezirksvertrauensleute für das Centrum und für den Osten, Süden, Westen und Norden der Stadt Leipzig erfolgte kurz darauf in der Weise, daß die einzelnen Bezüge Vertrauensmänner der Metallarbeiter veranstalteten, in denen mehrere Kandidaten für das Amt dem Verbands zur Befähigung vorgeschlagen wurden.

Der zuerst gewählte Vertrauensmann Schlemmer nahm den Bezirksvertrauensmännern gegenüber eine Art Oberstellung ein, von ihm empfingen sie Instruktionen, Marken, Mitgliederbücher u. s. w.

Neben den Bezirksvertrauensmännern wurden für jeden Bezirk Revisoren gewählt, deren Befähigung, wie es scheint, ebenso wie die der Vertrauensmänner von dem Verbands aus erfolgte. Die Bezirksvertrauensleute hatten regelmäßig Abrechnung zu legen, gewöhnlich aller 2 Monate, manchmal in größeren Zwischenräumen. Häufig wurde dabei der Mitgliederbestand des Bezirkes festgestellt. Die Revisoren prüften das Rechnungswerk. Auch wenn keine Abrechnung stattfand, wurden häufig „Verbandsangelegenheiten“ auf die Tagesordnung gesetzt. Die Versammlungen wurden sämtlich von den Vertrauensmännern des Bezirkes, in welchem sie abgehalten werden sollten, einberufen.

Es ist bei dem einzelnen Vertrauensmann für die Bezirke nicht immer geblieben, sondern es kam vor, daß ihm ein Stellvertreter befehl wurde.

Auch Bibliothekare wurden ernannt und später eine ganze Bibliothekskommission gewählt, diese, wie es scheint, nicht für einen bestimmten Bezirk, sondern für Leipzig überhaupt.

Die Vertrauensmänner wurden entschädigt, nicht vom Verbands, sondern von den hiesigen Mitgliedern, die ihnen 2 Prozent der Einnahmen überwiehen.

Neben den in den Bezirken von den Vertrauensmännern für den Verband geführten Hauptklassen entwickelten sich bald noch sogenannte „Lokalassen“, aus denen die Bedürfnisse des Bezirkes, Versammlungen u. bezahlt werden.

Die Verbandsmitglieder wählen Delegierte für die Generalversammlung des Verbandes, sie erscheinen hierbei nur insofern nach Bezirken getrennt, als sie in den Bezirken abstimmen, es wählen aber alle Bezirke zusammen Delegierte, nicht jeder Bezirk einen Delegierten für sich. Sie beschäftigen sich auch sonst mit inneren Verbandsangelegenheiten.

Die Bezirksversammlungen bestimmen, daß die Versammlungen vom Vertrauensmann in regelmäßigen Zeiträumen, an bestimmten Tagen einzuberufen sein sollen.

Die Versammlungen, meist als „öffentliche“ einberufen, werden häufig auch als „Versammlungen der Einzelmitglieder“ bezeichnet. Beide Arten von Versammlungen beschränken sich keineswegs auf diejenigen Verbandsangelegenheiten, die die Unterstufung zum Gegenstande haben, sondern betreffen das Gebiet der öffentlichen Angelegenheiten im weitesten Maße. Es werden politische und wirtschaftliche Vorträge mit nachfolgender Diskussion gehalten, Streitangelegenheiten erörtert, kurz, die Versammlungen wurden auch insofern dem Verbandsnähe gerecht, als es die wirtschaftlich-politische Organisation der Metallarbeiterchaft zum Vereinszweck erhob. Damit steht im Zusammenhang, daß die Bezirksvertrauensmänner alle Punkte der Tagesordnung bei der Einberufung der Versammlung bestimmten.

Es besteht auch zwischen den einzelnen Bezirken ein innerer Zusammenhang, wie er durch die gemeinschaftliche Abhängigkeit vom Verbands geboten war. Schon erwähnt wurde oben des gemeinschaftlichen Obervertrauensmannes Schlemmer und der gemeinsamen Wahl der Delegierten für die Generalversammlung. Ferner ist hierbei zu erwähnen, daß in einem Falle für alle 5 Bezirke in ihrer Gesamtheit Abrechnung abgelegt und die Gesamtzahl ihrer Mitglieder festgestellt wurde, sowie, daß eine Zusammenkunft der Bezirksvertrauensleute zum Zwecke der Errichtung einer Verbandsvertretung in den einzelnen hiesigen Bezirken und Bezirken stattfand.

Dieses „Vertrauensmännerthum“ geht weit über das Maß des gesetzlichen Erlaubten hinaus. Es stellt die Gesamtheit der hiesigen Verbandsmitglieder als einen mit dem Centralverband zusammenhängenden und wieder in einzelne selbständige Bezirksvereine zerfallenden Bezirksverband dar. In diesem Sinne ist die hiesigen Metallarbeiter zu erklären, wenn der Bezirksrat ungeschicklich als „öffentlicher Verein“ bezeichnet wird und wenn der bis dahin neben der hiesigen Verbandsorganisation bestehende „Verein aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter“ sich im Januar 1894 zu Gunsten dieser Organisation auflöste und seine Bibliothek der „Bibliothekskommission“, seine Kasse

der „Lokalasse“ der „Einzelmitglieder des Metallarbeiterverbandes Leipzig“ vermacht.

Da diese Organisation, wie nicht weiter ausgeführt zu werden braucht, der Bestimmung in § 24 des Gesetzes vom 22. November 1860 zuwiderläuft, ist sie gemäß § 25 deselben Gesetzes aufzulösen. Die Auflösung hat sich auf die gesamte vom Deutschen Metallarbeiterverband im Bezirke des Polizeiamtes der Stadt Leipzig ins Werk gesetzte Organisation zu erstrecken, zunächst insbesondere auf die vorstehend geschilderte unter der Leitung von Vertrauensmännern, Kassensführern, Revisoren und Bibliothekaren stehende Bezirksverwaltung, daneben aber auch auf die sonst noch vom Verbands im Rahmen dieser Verwaltung getroffenen, der Behörde bis jetzt unbekannt gebliebenen Einrichtungen. Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.  
gez. Kreischnieder.

Die vorstehende polizeiliche Begründung der Auflösungsmaßregel ist ein kunstvolles Gebäude, das jedoch vor den Augen der Kritik zusammenbricht, weil ein großer Teil der sorgsam zusammengetragenen Bausteine sich in Dunst verflüchtigt, da die betreffenden von der Polizei behaupteten Thatfachen in der Wirklichkeit nicht existieren. —

### Politische und volkswirtschaftl. Uebersicht.

Herrn Stumm und dem Umsturzgesetz widmet die Stöckerische Deutsche Evangelische Kirchenzeitung unter der Ueberschrift: „Eine Forderung zum Duell“ folgende Epistel: „Der ganze Vorgang hat mit Recht das christliche Volk aufgeregt. Man kann es in schlicht bürgerlichen Kreisen nicht verstehen, daß ein Reichstagsabgeordneter, der doch dem geltenden Gesetz besonders Ehrerbietung schuldig ist, das Gesetz nicht bloß übertritt, sondern sich dieser Uebertretung in plumper Weise rühmt. Sollte es sich bestätigen, was die Tagesblätter meldeten, daß der Oberstaatsanwalt bei dem Justizminister erst angefragt habe, ob er die Strafverfolgung solle eintreten lassen, und sollte diese Verfolgung trotz der erneuten Provokation Stumms nicht eintreten, so würde das Volk noch viel mehr heunruhigt werden, denn es würde daraus ersehen, daß, wie in der Armee, auch in bürgerlichen Verhältnissen gesetzwidrige Zustände geschont und dadurch aufrecht erhalten werden. Dazu kommt, daß diese Verhandlung in die Beratungen des sogenannten „Umsturzgesetzes“ hineinfällt. Es war durchaus folgerichtig, daß das Centrum in der Kommission seinen Antrag einbrachte, wonach jemand, der im Zweikampf einen anderen verwundet hat, auf fünf Jahre und im Wiederholungsfall auf die ganze Lebensdauer für amtsunfähig erklärt werde. Wenn erst das „Umsturzgesetz“ vor dem versammelten Reichstag beraten wird, so kann man sich von seiten der Sozialdemokraten und Volksparteiler auf schlimme Angriffe gefaßt machen. Und wer darf es ihnen verdenken, daß sie, wenn es ihnen an die Freiheit der Rede und Schrift geht, solche verwirrende Ereignisse, wie die Forderung Stumms und seine Nichtverfolgung, sich nicht entgehen lassen? In der That ist diese Angelegenheit eine Satire auf das Umsturzgesetz, wie sie heißender nicht erbracht werden könnte.“ Sehr richtig! Was aber nicht hindert, daß die gesetzverletzenden Umsturzbeschämter sich selbst als Säulen der „Ordnung, Religion und Sitte“ aufspielen. —

Wie in München, so haben auch in Kiel die Schriftsteller und Journalisten gegen die Umsturzvorlage Widerspruch erhoben. Am Donnerstag hielt der Kieler Schriftsteller und Journalistenverein eine außerordentliche Versammlung ab, wobei die Frage zur Verhandlung gelangte, ob der Verein zur Umsturzvorlage Stellung nehmen sollte. Weiterhin wurde besonders auf die Unannehmlichkeit der Paragraphen 111a und 131 hingewiesen. Wenn diese Paragraphen in Kraft treten würden, so würde das Institut des Sitzredakteurs unvermeidlich sein, das den Stand der Journalisten in der allgemeinen Meinung herabzusetzen geeignet sei. Schließlich beschloß der Verein einstimmig, sich selbständig mit einer Eingabe gegen die Umsturzvorlage an den Reichstag zu wenden. Und in Magdeburg? —

Zur Disziplin des deutschen Reichstags und preussischen Abgeordnetenhanfes gegen Bundesratsmitglieder und Minister erinnert die Volksstimme Zeitung an zwei Präzedenzfälle. Der erste ereignete sich im preussischen Abgeordnetenhanse am 11. Mai 1863. Herr v. Bockum-Dolffs, der sich heiläufig in abhängiger Stellung befand, er war Oberregierungsrat, führte den Vorsitz im Abgeordnetenhanse. Der Kriegsminister v. Roon erhielt das Wort und warf einzelnen Abgeordneten, wie v. Arnshausen und v. Seydel, „ganz unbedingte Umarmung“ vor.

Vizepräsident v. Bockum-Dolffs: Ich muß dem Herrn Kriegsminister unterbrechen.

Kriegsminister v. Roon: Ich bitte, mich nicht zu unterbrechen.

Vizepräsident v. Bockum-Dolffs (unter Schellen mit der Glocke): Ich habe zu sprechen, und ich unterbreche den Herrn Kriegsminister.

Kriegsminister v. Roon: Ich muß um Verzeihung

bitten, ich habe das Wort und werde es nicht fortgeben. (Glocke des Präsidenten.) Ich habe das Wort, das steht mir nach der Verfassung zu, und keine Schelle und kein Winken und keine Unterbrechung. . . . (Glocke des Präsidenten. Ruf: „Zur Ordnung“ und „Schweigen“ und große Unruhe)

Vizepräsident v. Bockum-Dolffs: Wenn ich den Herrn Kriegsminister zu unterbrechen habe, so hat er zu schweigen (Stimmen rechts: Oh! Oh! Beifolles Bravo! links), und zu dem Ende bediene ich mich der Glocke, und wenn der Herr Minister dem nicht Folge geben sollte, so verlange ich jetzt, mir meinen Hut zu bringen.

Kriegsminister v. Roon: Ich habe gar nichts dagegen, wenn der Herr Präsident seinen Hut (viele Stimmen links: „Schweigen“) sich bringen lassen will; ich muß aber bemerken. . . . (Große Unruhe und laute Zurufe von links.) Meine Herren, 350 Stimmen sind lauter als eine. Ich verlange mein konstitutionelles Recht. Ich kann sprechen nach der Verfassung, wenn ich will, und es hat niemand das Recht, mich zu unterbrechen.

Vizepräsident v. Bockum-Dolffs (unter wiederholten Zeichen mit der Glocke): Ich unterbreche den Herrn Kriegsminister. Wenn der Präsident spricht, so hat hier jeder zu schweigen, und jeder, der hier im Hause ist, sei es hier unten, sei es auf den Tribünen, er hat dem Präsidenten Folge zu geben, und wenn hier wirklich etwas vorgekommen wäre, was gegen die Ordnung des Hauses verstößt hätte, so würde es meine Sache gewesen sein, das zu rügen. Ich habe das nicht gethan, denn der Herr Vorredner (v. Seydel) hat sich in seinem Rechte befunden. (Bravo! links. Zeichen rechts.) Jetzt erteile ich dem Herrn Kriegsminister das Wort.

Kriegsminister v. Roon: Ich muß bemerken, daß ich wiederholt protestiere gegen das Recht, welches der Herr Präsident der königlichen Regierung gegenüber nimmt. Ich meine, die Befugnis des Herrn Präsidenten geht, wie schon bei einer früheren Gelegenheit gesagt worden ist, bis an diesen Tisch und nicht weiter! (Heftiger Widerspruch links, und Zeichen rechts. Große Unruhe. Der Vizepräsident von Bockum-Dolffs bedeckt sein Haupt, und alle Mitglieder erheben sich, links unter lebhaftem Bravo!)

Vizepräsident v. Bockum-Dolffs: Das heißt, die Sitzung ist für eine Stunde vertagt, meine Herren.

Da das Abgeordnetenhaus dem Ministerium nicht die geforderte Genugthuung gewährte, streikten die Minister und die Auflösung des Hauses war die Folge.

Eine ähnliche Szene hat sich im Reichstage, so fährt die Volksstimme Zeitung fort, noch nicht abgepielt. —

Die „Butter“ des armen Mannes. Die Margarine-Frage ist im Reichstage aufs neue zur Entscheidung gestellt. Aus vielen landwirtschaftlichen Kreisen sind Petitionen an den Reichstag gelangt, welche nach einem vorgeschriebenen Formular nicht weniger als vier Forderungen stellen: 1. daß für Margarine eine besondere Farbe — blau, grün oder braun — vorgeschrieben wird; 2. daß bei ihrer Herstellung weder Rahm noch Milch verwendet werden darf; 3. daß Margarine nur in besonderen Geschäften, welche nichts als diese Waren führen, verkauft werden darf; 4. daß auf Margarine eine besondere Zulandssteuer gelegt wird. Gegen solche gesetzliche Bestimmungen, welche einem völligen Verbot der Herstellung und des Verkaufs von Margarine gleichkommen würden, sind ebenfalls zahlreiche Petitionen eingelaufen. Hervorzuheben ist darunter eine Petition aus dem Konsumentenzweige einer einzigen deutschen Margarinefabrik, der großen Margarinefabrik A. E. Mohr in Altona-Behrenfeld; diese Petition trägt nicht weniger als 153836 Unterschriften. Ebenso treffend wie bitter wird in einem Absatz dieser Eingabe bemerkt: „Wenn eine Zulandssteuer auf Margarine gelegt wird, so werden die Fabrikanten und Detailisten diese Steuer auf den Verkaufspreis aufschlagen müssen, weil die große Konkurrenz, die unter ihnen herrscht, sie jetzt auch schon zwingt, ihre Preise so niedrig als möglich zu stellen, und daher diese Steuer von uns als Konsumenten ganz allein getragen werden würde. Eine derartige Steuer würde so ungerecht als möglich sein, weil die bestehenden Steuern auf Nahrungsmittel doch von allen Klassen der Bevölkerung getragen werden, während eine neue Margarinesteuer nur von der ärmeren Bevölkerung getragen werden würde, da der wohlhabendere Teil der Bevölkerung keine Margarine, sondern Butter isst.“

Die exotischen Gerbstoffe und die Seidenindustrie. Der Plan, die exotischen Gerbstoffe (Quebrachoholz) durch einen hohen Zoll zu verteuern, berührt, wie die Kölnische Zeitung darlegt, auch die Seidenindustrie, welche fremde Gerbstoffe zum Färben braucht. In den Krefelder, Wuppertthaler und Langenberger Seidenfärbereien werden rund 3 800 000 Kilo Gambier, Catechu oder auch Terra japonica genannt, verwendet. Außerdem

etwa 700 000 Kilo Sumach, Gallus, Dividivi und Kastanien-Extrakt. Die Gesamtmenge, die in deutschen Seidenfärbereien überhaupt verwandt wird, stellt sich ganz beträchtlich höher. Außer den Seidenfärbereien werden aber auch ganz beträchtliche Mengen von Gerbstoffen in anderen Färbereien, so z. B. Stilk- und Baumwoll-Färbereien verwandt. Die deutschen Seidenfärbereien färben vielfach auch für das Ausland, für England, Italien, Schweiz, Spanien und Oesterreich; selbst der geringste Zoll auf die für das Färben so wichtigen Gerbstoffe würde das Geschäft vollständig lahmlegen und eine große Anzahl Arbeiter brotlos machen, denn bei dem scharfen Wettbewerb, der auf diesem Gebiet herrscht, ist das Geschäft nur mit einem ganz außerordentlich geringen Nutzen zu machen. Will man also die deutsche Seidenfärberei-Industrie ruinieren, so giebt es kaum ein besseres Mittel als den Zoll auf fremde Gerbstoffe. —

Es bedarf vieler Worte,

um eine einfache Wahrheit in Unwahrheit umzudrehen. Im „Textile Record“, einem Fachorgan der Textilfabrikanten, finden wir einen Aufsatz über den Arbeiter und die Maschine, in welchem versucht wird, den Segen der Maschine für die Arbeiterklasse darzulegen. Nachdem die Behauptung aufgestellt ist, daß infolge der Anwendung der Maschine der Arbeiter sich besser kleiden und nähren könne, und daß aus derselben Ursache die Löhne in die Höhe gegangen seien, heißt es wörtlich:

Es ist wahr, daß wenige Arbeiter alles haben, was sie brauchen, aber nur wenige Menschen, sogar unter den Millionären, sind zufrieden. Es ist auch wahr, daß jetzt viele Arbeiter müßig gehen oder für weniger als den gewöhnlichen Lohn arbeiten; aber das ist nicht der Fehler der Maschinen, sondern die Folge einer schlechten Regierung. Im kontinentalen Europa beruhen große Armeen jenseit der Meere auf dem Wohlstand der Fabrikanten und Arbeiter. In England existiert der Freihandel die landwirtschaftlichen Industrien und überwindet so den Arbeitsmarkt in anderen Gewerben. In Amerika hat die teilweise Abschaffung des Schutzzollsystems viele um ihre Arbeit betrogen, während die Demonstration des Silbers den Farmer zum Bankrott und zur Armut zwang.

Und all diese Worte des Fabrikantenorgans sind nötig, um die einfache Thatsache zu leugnen, daß die Maschine die Handarbeit überflüssig macht, daß dieselbe ein Heer von Arbeitslosen schafft, und daß dieses Arbeitslosenheer immer größere Dimensionen annimmt. Selbst wenn es wahr wäre, daß mit und durch die Einführung der Maschine die Lebenshaltung der Arbeiter sich gebessert hätte, was durchaus nicht der Fall ist, so würde dieser Umstand die Thatsache nicht aus der Welt schaffen, daß die Maschine eine Unsicherheit der wirtschaftlichen Existenz für jedermann geschaffen hat, wie sie keine vorhergehende Geschichtsperiode kannte. Diese Unsicherheit der Existenz ist der Maschine geschuldet und sie wird erst schwinden, wenn diese Maschine und die übrigen Produktionsmittel Gemeineigentum der Gesellschaft werden. —

Unterthänig. Die Handelskammer Saarbückens beschloß, eine Zustimmungsadresse an Herrn v. Stumm zu richten, zu dessen Verhalten im Reichstag bei der Umfahrgedebatte. Herr v. Stumm ist Vorsitzender dieser Handelskammer. Das erklärt vieles. —

Stimmungsrummel. Um Aufhebung des dritten Fortbildungsschuljahres wird in Treuen in Handwerkerkreisen an den sächsischen Landtag petitioniert. Die Herren Stimmungsmeister besorgen jedenfalls, daß ihre Lehrlinge zu „helle“ werden. —

Ausland.

Italien. Aus Sizilien meldet man Zunahme des Glucks und der Sättigung infolge von Kälte und Arbeitsmangel. An mehreren Orten mußte das Militär verstärkt werden, weil Unruhen befürchtet werden. In Palermo feiern die Werftarbeiter, weil eine Anzahl von ihnen wegen unruhigen Verhaltens entlassen wurde. —

Die Wahlbewegung in Italien entwickelt sich mit wachsender Lebhaftigkeit, wiewohl die Auflösung der Kammer von 1892 noch immer nicht ausgesprochen ist. Besonders rühmig ist die Opposition in Oberitalien. Der Marchese di Rudini will sich demnächst nach Mailand, Turin und Venedig begeben, um mit den hervorragenden Oppositionellen dieser Städte in persönliche Fühlung zu treten; in Turin dürfte ihm zu Ehren ein politisches Zweifelhafes veranstaltet und dadurch Gelegenheit zu einer Programmrede geboten werden. Auch die sozialistischen Führer sind eifrig am Werke. Wie aus Rom gemeldet wird, wollen sie in nächster Zeit eine Versammlung abhalten, um sich über die ganze Wahltaktik, insbesondere über die Aufstellung eigener Kandidaten, unabhängig von den andern Oppositionsparteien zu verständigen. Aber auch die Regierung ist nicht müßig. Jeden Tag finden sich einige Präfecten in Rom ein, um von Crispi Wahlweisungen zu erhalten, und wie der Corriere della Sera wissen will, unterhandelte der Ministerpräsident in den letzten Tagen durch eine Vertrauensperson, einen höheren Beamten des Ministeriums des Auswärtigen, mit dem Erzbischof von Mailand und den Häuptern der kirchlichen Partei in der lombardischen Hauptstadt. Vor Anfang Mai ist an die Vornahme der Wahlen nicht zu denken. —

Das Schwurgericht in Avellino hat 67 Abgeordnete (?) freigesprochen, die beschuldigt waren, Ende Dezember 1893 an den gegen die Gemeindeverwaltung von Torin gerichteten Unruhen teilgenommen zu haben. Eine Niederlage Crispi!

Zur Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen.

Trübe Aussichten für Tabakarbeiter. Im Auftrage von Arbeitern in Detmold teilt ein Herr Gärtner den Zeitungen mit, daß dort und in den benachbarten Kreisen Minden, Herford, Bielefeld den Arbeitern und Werkmeistern der Cigarrenfabriken gekündigt worden sei mit der Maßgabe, daß sie ihre Arbeit verlassen müssen, sobald § 1 der Tabakfabriksteuer-Vorlage angenommen werde. Die Maßregel wird motiviert durch die Geschäftslage und die Ueberfüllung der Läger, die unter dem Eindruck der Steuer-Vorlage schon herrschen und nach ihrer Annahme sich noch verstärken müßten. —

Meißeier. Delegierte der Berliner Gewerkschaften haben in einer kürzlich abgehaltenen Sitzung beschlossen, den Gewerkschaften zu empfehlen, die Feier des 1. Mai in diesem Jahre in der gleichen Weise abzuhalten wie im Vorjahre und dahin zu wirken, daß da, wo es ohne Schädigung der Interessen der übrigen Arbeiter möglich ist, die Arbeitsruhe am 1. Mai durchgeführt wird. —

Aus den Gerichtssälen.

Magdeburg. (Landgericht.) Der Landwirt August K. zu Glasbütte, geb. 1866, wurde nach dem Brandverurtheil im Oktober 1891 bei der zweiten Kompanie des 26. Infanterie-Regiments als Unteroffizier eingestellt. Bei seiner Entlassung im Herbst 1893 erteilte ihm der Kompanie-Chef ein Zeugnis mit ziemlich guter Führung.

Als Krüger daraufhin bei anderen Truppenteilen und auch bei Behörden keine Anstellung erhielt, richtete er an den Kompanie-Chef einen Brief mit der Bitte, ihm ein anderes Attest auszustellen und fügte hinzu, er werde sich dankbar dafür erweisen. Im Sommer 1894 erschien Krüger persönlich bei dem Kompanie-Chef und bat um ein besseres Attest. Als dies abgelehnt wurde, schrieb Krüger am 7. September einen Brief, worin er den Kompanie-Chef in der größten Weise beleidigte und drohte, er werde Rebel und Singer über die Behandlung der Mannschaften seitens der Offiziere Mitteilung machen, wenn er nicht sofort ein anderes Attest erteile. Der Gerichtshof strafte den Angeklagten wegen verführter Erpressung im einheitlichen Zusammentreffen mit Beleidigung mit drei Monaten Gefängnis. —

Berlin. (Harte Strafe.) Wegen Aufreizung zu Gewaltthätigkeiten standen am Sonnabend zwei ehemalige Angestellte des Sozialist, Buchbinder Dehmel als zeichnender Redakteur und Tischler Weiß als Vorsitzender der Preßkommission des Blattes vor dem Berliner Landgericht. Es handelte sich um einen Artikel in der Januarnummer. Dehmel wurde zu vier Monaten, Weiß zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt. —

Doppel. (Das Züchtigungsrecht der Lehrer.) Vom Landgericht Doppel ist am 5. November v. J. der Lehrer Karl Appel von der Anklage der Körperverletzung im Amte freigesprochen worden. Als er eines Tages in das Schulzimmer trat, herrschte großer Lärm, und er fragte den dreizehnjährigen Knaben K., wer denselben verursacht habe. Als der Knabe schwieg, gab er ihm ein paar Ohrfeigen und zerrte ihn an den Ohren herum. Der Knabe ist zwei Tage später gestorben; jedoch ist nicht festgestellt, daß das Zerren an den Ohren im ernstlichen Zusammenhange mit dem eingetretenen Tode gestanden hat. Der Arzt hat als Todesursache eine Gehirnentzündung angegeben. Der zweite Anklagepunkt bezog sich auf ein zehnjähriges Mädchen P. Der Angeklagte hatte das Kind mit einem Haiselnußstock über Rücken und Nase geschlagen, weil es seine Frage beim Unterrichts-unbeantwortet gelassen hatte. Mit einem ähnlichen Stocke hat der Angeklagte einen siebenjährigen Knaben gezüchtigt, weil er schwatzte, indem er ihn auf die innere Handfläche schlug. Als hierbei der Knabe die Zunge herausstreckte, glaubte der Angeklagte, er wolle ihn verhöhnen, legte ihn über die Bank und schlug ihn auf das Gesicht, sodaß er blutunterlaufene Stellen und Striemen davontrug. Das Landgericht war der Meinung, daß der Angeklagte das Züchtigungsrecht nicht überschritten habe und erkannte deshalb auf Freisprechung. — Auf die vom Staatsanwalt eingelegte Revision, welcher auch der Reichsanwalt beirat, hob das Reichsgericht das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht in Briesg zurück, jedoch nur soweit die beiden ersten Anklagepunkte in Betracht kommen. In den Gründen wurde ausgeführt: das Urteil läßt eine Unklarheit darüber bestehen, ob in der administrativen Anweisung, die das Geschlagen nach dem Kopfe unter allen Umständen verbietet, eine Anordnung in dem bindenden Sinne erlassen worden sei, wie sie das Reichsgericht in seinen früheren Urteilen näher charakterisiert hat. Ist dies der Fall, dann hat der Angeklagte, indem er dieser bindenden Anweisung zuwiderhandelte, das Züchtigungsrecht überschritten und dadurch ist die Rechtmäßigkeit seines Thuns ausgeschlossen und der Thatbestand einer rechtswidrigen Körperverletzung gegeben. —

Feuilleton. (Nachdruck verboten.)

Ein Geld des Geistes und des Schwertes.

Historischer Roman aus den Zeiten des deutschen Hausabendes von A. Otto-Walkert.

Dies schien geholfen zu haben, denn endlich hörte man schlürfende Schritte auf dem Estrich, ein Schlüssel ward in das Schloß gesteckt und umgedreht, verschiedene Riegel hörte man aufziehen, dann schloß die Thür in ihren Angeln, und ein verdrießliches, altes Frauengesicht kam zum Vorschein.

„Was sucht Ihr hier in diesem Hause?“ fragte eine ebenso verdrießliche Stimme.

„Mütterchen, ist das nicht Herr Wolf Hoffmeisters Haus?“

„Das ist es, aber er selbst ist nicht zu Hause, er ist auf lange Zeit verreist draußen im Reich.“

Es schien darauf, als wollte die Alte die halbgeöffnete Thür wieder schließen, aber der junge Mann hob geschwind den Fuß vor, drückte mit sanfter Gewalt die Thür weiter zurück und trat über die Schwelle.

„Entschuldigt,“ sagte er, „Herr Hoffmeister ist ein Freund von mir und hat mich durch diesen Brief in sein Haus eingeladen. Ich habe keine andere Herberge, bin ganz fremd in der Stadt und unter Bürgerherrschaft, muß deshalb bis auf weiteres in seinem Hause Wohnung nehmen. Daß ich aber die reine Wahrheit spreche, wird dieser Brief ausweisen. Seht selber nach, wenn Ihr zu leise versteht.“

Die Alte sah erst den Mann und dann den Brief mit gespanntem An, nahm dann letzteren bedächtig auseinander und dann, nachdem sie ihn eine Weile aufmerksam betrachtet hatte, ließ sie gewinnlich zum Nähertreten ein. Zwei Diener aber meinte sie:

„Führt nur die Pferde zum Hofpferde herein und laßt dann in die Scheubühne.“

Darauf schloß sie in der Hausthür zu ebener Erde ein großes Zimmer auf, welches, ob auch augenscheinlich wenig benutzt, mit allem Zimmergeräth reichlich ausgestattet war. In dieses ließ sie den Fremden einrichten und meinte, an der Thür zurückbleibend:

„Ich kann nur Gedrucktes lesen, aber ich werde es...

fahren, was in dem Briefe steht. Ihr müßt Euch nun so lange hier gedulden.“

„Nährliches Volk hier,“ lachte Füllier, als er allein war, warf Hut und Handschuhe auf den großen Tisch von schwarzem Eichenholz und jahrelang sein Schwert ab, worauf er mit langen Schritten auf und ab ging. „Sollte man nicht meinen, man sei in ein Nonnenkloster getreten, statt in das Haus eines Mannes, der die halbe Welt bereist?“

Nach einer Weile trat ein alter Diener in das Zimmer, grüßte ihn, ohne den Gast anzusehen, setzte einen silbernen Krug nebst Becher und einen Jambisch auf den Tisch, worauf er sich geräuschlos, wie er gekommen, wieder entfernte.

„Ja,“ meinte Füllier, „wenn alle Leute in diesem Hause so aussehen wie die beiden Menschenbrüder, welche ich bis jetzt gesehen, giebt's eine Sammlung, wie man sie nicht gleich wieder zu sehen bekommt.“

Füllier äußerte dies halb ärgerlich, halb lachend und setzte sich dann ohne Umstände an den Tisch, um einen natürlich sehr lebhaften gewordenen Appetit zu befriedigen. Während er noch damit beschäftigt war, kehrte die Alte mit dem Briefe wieder zu ihm zurück.

„Ihr seid,“ sagte sie, indem sie ihm gegenüber auf einem Lehnsstuhl Platz nahm, wie aus diesem Schreiben hervorgeht, ein Freund des Hausherrn, und somit wäre es unpassend, wenn wir Euch weiter weisen wollten. Macht es Euch also in diesem Zimmer bequem. Ihr müßt darin bleiben, so lange Ihr es bewohnen wollt und wäre es auch, bis Herr Hoffmeister mit Gottes gnädiger Hilfe wieder in sein Haus zurückkehrt.“

„Und ist,“ fragte Füllier dagegen, „von Herrn Hoffmeisters Familie niemand im Hause, denn ich ihn nach Pflicht und Sittlichkeit begrüßen kann?“

Die Alte schien durch diese Frage in einige Verlegenheit zu kommen, sie zauderte, um dies zu verbergen, geschäftig zwei Nachstürzer auf einem doppelarmigen silbernen Leuchter an und murmelte halb unverständlich:

Herrn Hoffmeisters Ehefrau ruht in der heiligen Gruft ihrer Familie zu St. Marien nun schon das dritte Jahr, und sonst ist niemand von der Familie in diesem Hause zugegen, den Ihr sprechen könnt. Wenn Ihr irgend eine Sache benötigt, so ruft nur in der Hausthür — man nennt mich Gertrud — Frau Trude, wenn Ihr wollt — ich bin immer in der Nähe, und Euer Diener werde ich hienher.“

Die Alte ging, und unser Freund machte noch einigen Nachsinnen die halbblaue Bemerkung:

„Es ist nicht richtig hier.“

„Ja, es ist nicht richtig hier,“ murmelte gleich einem Echo eine tiefe Bassstimme nach.

Es war der Diener, der eben leise ins Zimmer trat.

„Wie? hast Du etwa auch schon Bemerkungen gemacht, Rother?“

„Ja, lieber Herr, Ihr wißt, daß ich jedes Haus, in welchem ich nicht zu Hause bin, wie ein feindliches Lager ansehe. Denn Vorsicht ist zu allen Dingen gut, und wie man sich bettet, so schläft man.“

„Sehr richtig, sehr empfehlenswerte Klugheit,“ lächelte Füllier seinem Diener zu, „aber wie kommst Du in diesem gastlichen Hause zu obiger Erfahrung?“

„Gastfreundliches Haus?“ murrte der Diener, „schöne Gastfreundschaft das; hat mir etwa jemand geholfen, die Pferde unterzubringen und mir im Stalle den Platz anzuweisen? Nun freilich hatte ich die Auswahl, denn der Stall hat Raum für 8 Pferde und war ganz leer, obwohl heute noch welche darin gestanden haben. In der Scheubühne sah ich die Betten noch in Unordnung, und keinen Menschen fand ich vor, obwohl ich doch vom Hofe aus erst jemanden ganz deutlich dort drinnen gesehen hatte.“

„Das ist allerdings auffällig, indessen...“

„O, wenn es nur das wäre, ich habe noch viel Verdächtigeres bemerkt.“

„In der That? zum Beispiel?“

„Es sind in diesem Hause Personen, die eigentlich nicht da sind.“

„Das ist wirklich etwas Wunderbares.“

„Ich meine Personen, die nicht da sein wollen.“

„Ach so. Und woher nimmst Du diese Vermutung?“

„Wie ich die Haushälterin suche und die Treppe hinaufkomme, sehe ich eine Gestalt den Gang hindurchgehen und verschwinden, und wie ich ins Zimmer trete, das man offen gelassen, schließt sich, eben in demselben Zimmer, eine andere Thür. Trotzdem tritt die Alte hinter mir herein und weist mich hinunter, wo mir ein alter Diener entgegenkommt. Unten wiederum sehe ich jemanden vor mir in das Zimmer treten, und wie ich nachkomme, steht niemand drinnen, obwohl im ganzen Zimmer kein anderer Ausgang vorhanden ist.“

Fortf. folgt.)

Tages-Chronik.

Magdeburg, 25. Februar 1895.

Die Frauen und die Umkehrvorlage. Wir teilten bereits mit, daß bürgerliche Frauen in der Wochenchrift „Eigliche Kultur“ gegen die Umkehrvorlage protestiert haben. Aus verschiedenen Orten haben Frauen diesen Protest unterzeichnet — Magdeburg fehlt natürlich wieder. Das Bürgerium hierorts ist so „zielbewußt“, wie die tonangebenden bürgerlichen Blätter Magdeburgs. Ein krauriges Zeichen der Zeit — es kennzeichnet so recht den geistigen Verfall des Bürgerturns. Und so etwas will die Gesellschaft reiten.

Eine „Kalevalenfeier“ machen hiesige Kriegervereine jetzt schon bekannt. Unbestreitlich haben alle Bismarckfeiern nur einen politischen Zweck — allerdings patriotischen. Auch beschäftigen sich unserer Meinung nach Kriegervereine mit politischen Dingen. Die Vorbereitungen zu einem Verbot der Teilnahme von Frauen, Schülern und Lehrlingen, auf Grund des Vereinsgesetzes und der Oberverwaltungsgerichtsentcheidung ist also da. Wird nun das Verbot, wie es unser Arbeiterverein gelegentlich einer Versammlung erhalten hat, auch den Kriegervereinen zugestimmt werden?

Ein Großstadtbild. An der Ecke der Blauenbühl- und Jakobstraße lebte schon mehrere Tage lang ein alltäglicher Mann mit zwei Stiefeln. Er war bekleidet mit einem abgeschabten, verwetterten und dünnen schwarzgrauen Anzuge; sein bleiches, höhlwanges Gesicht mit stumpfem grauem Bart und matten tiefliegenden Augen, war halb mit einem großen schwarzen Hut verdeckt. Er hatte sich eine Taiche umgeschultert, welche mit einigen Streichholzschächeln versehen war. Kam eine Person vorüber, zog er stumm den Hut und steckte um eine kleine Unterstützung. Schon hatte er viele Tage dort an der Wand geleht, und einmal war es ihm möglich geworden, sich durch seine Einnahme kräftig nähren zu können.

Es war am Freitag gegen Abend, als sich an der betr. Ecke Menschen ansammeln; von allen Seiten kamen sie gelassen, um zu sehen, was los war. Mit und jung brider Geschlechter standen an dem Orte; die Weiber sahen widerwillig auf das Straßenpflaster, und die Jugend machte z. T. Lärm. Was war das los? — Dem alten Proletar waren die Kräfte geschwunden, er war zusammengebrochen. Es wurden Dienst-männer engagiert, die ihn auf eine — Schubkarre luden und dann — man höre! — um ihn dann durch die belebte Jakobstraße nach einem mir nicht bekannten Orte zu fahren. Es war ein herzzerreißendes Bild: Der Dienstmann mit blauer Bluse schob die Karre, auf der sich ein alter Mann mit Stiefeln befindet. Die beiden Hände hielt er sich vor das gelbe Gesicht. Ob er sich schämte? — ob er sich grämte darüber, daß er an seinem Lebensabend so kümmerlich sein Leben fristen? — ob es ihm bitter weh that, sehen zu müssen, wie die Jugend ihn, den alten Proletarier, als einen dem Trunke ergebenden Manne angafft; wie die Jugend die Karre, auf der sein entkräfteter Körper gleich einem toten Tiere geladen war, umschwärmt? — ob der Alte sich die Augen zuhielt, um nicht die gefüllten Waren-Magazine zu sehen, die gefüllten Fleisch-, Wädel-, Kaufmanns- oder Kleiderläden? Wer weiß es? —

Eine Untersuchung über die Lage der armen Schulkinder wird gegenwärtig — hier, in Magdeburg, Sudau, Sudenburg, Neustadt usw. — rein, bewahre, in Bräsel vorgenommen. Unter den zu beantwortenden Fragen heißt es: Schläft das Kind in einem Bett? Schläft es in dem Zimmer seiner Eltern? Schläft es mit seinen Geschwistern zusammen? Weitere Fragen beziehen sich auf Bekleidung, Nahrung, Reinlichkeit, Krankheitsfälle u. a. Bei uns wehrt man sich gegen solche Aufnahmen, um das überlästete Elend nicht bloßzustellen. Wir Wilde sind doch bessere Menschen, können die Belgier dem Volke der Denter zusetzen!

Ein schreckliches Verbrechen gegen ein junges Leben. In der Nacht vom Sonntag zum Montag, gegen 1/2 3 Uhr geber auf dem hiesigen Centralbahnhofe eine durchreisende Frauensperson ein Kind. Da ihr dasselbe bei ihrer Weiterreise lästig zu werden schien, führte sie gegen das junge Leben ein Mordat aus. Die Mutter begab sich mit dem Kinde zur Retirade, zerschlug daselbst das Porzellanbeden eines Klosetts und steckte das arme Kind in dasselbe hinein. Das Verbrechen im Wartesaale 4 Klasse die mit Blut beudelte Frau sahen und bemerkten hatten, daß sie mit einem Kinde nach der Retirade gegangen und ohne ein solches zurückgelassen war, stellten sie sofort Ermittlungen nach dem Verbleib des Kindes an. Sie fanden es noch lebend im Kloset. Es fanden viele Personen um dasselbe herum, redeten und schwagten über die Lebensfähigkeit des armen Wurms, hatten aber nicht das Pflichtgefühl, das unglückliche Kind aus dem Kloset heranzuziehen und es vor dem Tode, der schon durch die Kälte herbeigeführt werden konnte, zu retten. Erst ein Barmherziger von uns griff zu und brachte es in einen warmen Raum. Die grausame Mutter sah, als sie von einem Polizeibeamten geücht wurde, bereits wieder in dem nach 3 Uhr nach Bremen fahrenden Zuge, um ihre Reize, allem Anscheine nach nach, dem Auslande fortzuführen. Sie wurde verhaftet. Als der Retter des Kindes der Mutter das vollene Tuch nahm, um das Kind in dasselbe einzuhüllen, erhielt er noch einen Stoß von derselben.

Eine Ausbeutung des Volkes. Daß kapitalistische Profit-sucht vor der Entwertung (einen anderen Ausdruck wollen wir nicht gebrauchen) der Lebensmittel nicht halt macht, beweist ein Inserat der Konditor-Zeitung (internationales Geschäftsblatt für Konditorei und Delikatessenzhandel), welches lautet:

Größe Ersparnis an Eiern!

Garantiert giftfrei! Geruch- und geschmacklos!

Ruchengelb.

1/2 Kilo 5 Mk. 3 Tropfen auf 2 Pfd. Teigmasse

Nach dem von: (folgt die Firma)

Gewürzextrakte, Fruchtzucker, giftfreie Farben.

Man ersieht aus dem Inserat, auf welche Weise das kaufende Publikum hintergangen und geschädigt wird. Aber der ständige Kops des Kapitalisten fragt wenig nach dem Wert, den seine Erfindung für die Verbesserung der Volksernährung hat, sondern nur nach dem Profit, den er durch seine Erfindung erzielen kann. Alle Mittel sind ihm willkommen zur Befriedigung seines Geldhanges.

Die Grieswischen Gewächshäuser sind, einem Wünsche des verstorbenen Geh. Kommerzienrats Groun entsprechend, der Stadt angeboten worden. Für die Verlegung der Gewächshäuser nach einem anderen Orte haben die Hinterbliebenen die Summe von 100 000 Mk. ansgeworfen. Dem Vernehmen nach sollen die Gewächshäuser auf dem Gelände des Friedrich-Wilhelms-Garten Aufstellung finden.

Die Zahl der leerstehenden Wohnungen Magdeburgs beträgt 3522, allein auf die Altstadt entfallen 2024. Im ganzen befinden sich hier 50 839 Wohnungen.

Elektrische Beleuchtung ist in der Sudenburg-Kranken-anstalt eingeführt worden. Den bisherigen Erfahrungen nach stellt sich die elektrische Beleuchtung billiger als die Gasbeleuchtung. Auf Grund dieser Tatsache wird an einem Projekt zur Erweiterung der elektrischen Beleuchtung auf die übrigen Gebäude gearbeitet.

Städtischer Schlacht- und Viehhof. Anstried in der Woche vom 18. bis 23. Februar 1895: 192 Rinder einsch. 27 Stullen, 417 Kälber, 162 Schafvieh zc., 1940 Schweine, davon 168 Kalonier.

Burg. (Nicht bestätigt.) Wie schon kurz gemeldet, ist die Wahl des Generalsekretärs des Hiesig-Brandenburgischen Gewerkschafts der Fabrik- und Handarbeiter in Burg bei Magdeburg, Herr Karl Zahn, zum unbedingten Regimentsmitglied vom Regierungs-Präsidenten in Magdeburg, Herrn Grafen Dandlitz, nicht bestätigt worden. Herr Zahn war leuchtend Mitglied und zweiter Vorkämpfer der Bürger-Stadtverordneten-Versammlung. Aber er ist freizeitsmäßig und überdies noch freireligiös, und das ist wohl der Grund, weshalb man ihn als Regimentsmitglied in den Kreisen der Regierung nicht für geeignet hält. Auch spielte er beim Parochauer „Religionsstreit“ eine Rolle, was ihn wohl auch nicht verzeihen werden kann. Ueber die Geschichte dieses „Streits“ berichtet die Berliner Volkszeitung wie folgt: In Parochau, einem großen etwa 1/4 Meilen von Burg gelegenen Dorfe, hatte die „Bauernvereins“, so genannt zum Unterschied von den Köpflingen, Hänslern und Wühnern, seit 1802 das Patronatsrecht über die dortige Kirche. Als vor etwa drei Jahren der bismarckische Pastor kam, machten die Bauern von ihrem Patronatsrechte Gebrauch und wollten die Kirche mit einem jungen, ihnen genehmen Prediger besetzen, einem Burgener, dem Pfaffen eines alten bewährten Freireligiösen. Hiermit aber war man

in orthodoxen Kreisen durchaus nicht einverstanden, und man bot allen Einfluß an, um die Wahl des jungen Theologen zu hinterlassen. Es gelang in der That: die von dem Parochauer Bauern getroffene Wahl wurde nicht bestätigt. Die Parochauer waren aber dickköpfig genug, auf ihr Recht zu bestehen. Sie erklärten dem zu ihnen gesandten Konfessionsrat, daß sie eher aus der Landeskirche aussteigen wollten, ehe sie sich ihr Recht beschränken ließen. Die verwandtschaftlichen Beziehungen einiger der führenden Bauern zu Herrn Zahn, dessen freireligiöse Anschauungen sie kannten, mochten wohl Anlaß gewesen sein, daß sie sich in ihrer Not an diesen wandten. Den Abgesandten, mit dem Schützen-Behr an der Spitze, wurde aber von Herrn Zahn erklärt, daß sie noch nicht reif seien, der Kirche den Rücken zu kehren, sie sollten nur wieder hingehen und konfessant wählen, wie sie es bisher gethan. Die Bauern gingen aber nicht beim, sondern führten schnurstracks nach Magdeburg zum freireligiösen Prediger Dursche und erklärten ihm, daß sie in Parochau eine freireligiöse Gemeinde gründen wollten, er wolle nur zu ihnen kommen und sprechen. Als Herr Dursche zugelangt, gingen die Abgesandten wieder zu Zahn und baten ihn, den Prediger Dursche in Parochau einzuführen. Zahn sagte auch zu, und bald darauf wurde Dursche und Zahn in feierlichem Anzuge von Burg abgeholt und nach Parochau geleitet. Zahn warnte aber nochmals vor einer unüberlegten Entschließung, und wiederholte den Bauern, daß sie noch nicht reif genug seien, den Schritt des Austritts aus der Landeskirche zu thun, wie der Anlaß der ganzen Bewegung ja zeige. „Allerdings“, sagte er seiner Verwarnung hinzu, „würde ich den Tag mit Freuden begrüßen, an welchem aus seine Ueberzeugung heraus ihr Wille zur That werden würde. Auf die Warnungen des Herrn Zahn ist es wohl zurückzuführen, daß die Gründung einer freireligiösen Gemeinde in Parochau damals unterblieb. Die Bauern von Parochau liegen zwar immer noch im Streit mit dem Konfessorium, und ihre Kirche wird kommissarisch verwaltet, von der freireligiösen Bewegung aber ist es bei ihnen sehr stille geworden.

Stadteben. (Som. „Umkehr“.) Am 19. d. M. fand eine Versammlung von Vertretern aller Berufsstände der Einwohnerschaft statt. Man einigte sich auf Vorschlag des Herrn Deuschner dahin, dem Landtage den Antrag zu unterbreiten, eine Staatskassille zu gewähren. Der Abgeordnete Dr. Wendt soll damit betraut werden, dem Finanzminister die Sache vorzutragen. — Heute Nacht erfolgten, nachdem fundenlang ein vibrierendes Geräusch wahrgenommen gewesen, wieder zwei Stöße; man hatte die Empfindung, als ob direkt unter uns Zusammenstöße erfolgten. Von der Zimmerdecke fielen infolge der Stöße Pustelchen herunter.

Berlin. (Jugentleistung.) In der Nähe der Station Lichterfelde ist ein Vorortzug entgleist. Der Lokomotivführer und mehrere Schulkinder haben leichte Verletzungen erlitten.

Sonn. (Die Stützen der Gesellschaft in Thätigkeit.) Ein Pistolenduell mit trauigem Ausgang hat am Dienstag zwischen einem Reserveleutnant F. und einem Bonner Korpsstudenten H. in der Nähe von Godesberg stattgefunden. F. erhielt einen Schuß durch den Hals, so daß ernsthafte Gefahr für sein Leben vorhanden ist. Veranlassung des Duells war eine zwischen den Duellanten stattgefundene Schlägerei. Die Namen der rauflustigen Herren werden in der bürgerlichen Presse nicht angegeben.

Die Zunahme der Armut.

Unbestreitbar ist, daß die Statistik die revolutionärste Wissenschaft ist und daß Zahlen mehr besagen können, als viele Worte. Als eine Glendstatistik können wir die Zusammenstellung der Summen bezeichnen, welche von 1884—1894 für Armenpflege in Magdeburg ausgegeben wurden. Es sind folgende:

Table with 7 columns: im Jahre, Gesamt-Ausgabe, Gesamt-Einnahme, mithin bleibt Ausgabe bezw. Zufluß. Rows show data from 1884/85 to 1893/94.

Also im Verlauf von zehn Jahren hat sich die Summe nahezu verdoppelt und den Betrag von pro Jahr eine Million Mark erreicht. Unsere Behauptung, daß eine Zeit kommen wird, in der den Ansprüchen an die öffentliche Armenunterstützung nicht mehr genüge geleistet werden kann, wird sich verwirklichen. Beiläufig wollen wir noch bemerken, daß der Generalanzeiger an diesen angeführten Zahlen das Unsinnige seiner Behauptung: die Zeiten sind nicht schlechter, denn je, erkennen kann.

Die Statistik giebt leider nicht an, wie hoch die Zahl der Unterstützungsempfänger ist. Zu wundern brauchen wir uns hierüber nicht, da die bürgerliche Gesellschaft sich vor solchen Zahlen graut und unsere Behauptung vom Notstande bekräftigen würde. Diese Armen bilden zur größten Hälfte einen Teil der Reservearmee, die sich das Kapital geschaffen hat, um bei gutem Geschäftszugange sie sofort wieder einziehen zu können. Da die Arbeitsmittel in den Händen der Kapitalisten sich befinden, diese Besitzenden auch den Mehrwert der Arbeit für sich allein einheimen, da Maschinen an Stelle der Menschen arbeiten, muß naturgemäß mit jedem technischen Fortschritte, mit jeder Krise und infolge der hohen Steuerbelastung die Zahl der Armen zunehmen.

Anstatt, daß nun die Kräfte, welche so unverschuldet ins Elend gestürzt sind, vom Mehrwerte erhalten, anstatt daß durch den Mehrwert das Elend beseitigt wird, muß das arme Volk auch noch seine armen Brüder und Schwestern erhalten. Das Kapital hat sich das Land tributpflichtig gemacht. Nicht die Besitzenden erhalten die Armen, nein, die Armen erhalten die Besitzenden und die ganz armen Arbeitslosen durch direkte und indirekte Steuern. Die Bourgeoisie ist bekanntlich ebenso wie der Adel des Mittelalters auf Grund ihrer ökonomischen Stellung sozusagen steuerfrei, denn die Steuern, welche sie zahlt, schlägt sie auf die Preise ihre Produkte oder bezieht sie — wie die Brenner — durch Prämien wieder. Auch kann der Unternehmer die Steuern durch Subventionen wieder erlangen. Thatsache ist: das arme Volk erhält die durch den Klassenstaat arbeitslos gewordenen Staatsbürger und nicht die Bourgeoisie. Wir als Sozialdemokraten sagen uns einfach: durch Abschaffung aller Privilegien, also durch Beseitigung der ökonomischen Klassen-gegenläge, durch Aufhebung des Privateigentums, wird die Gesellschaft befreit, auch dem Arbeiter den vollen Ertrag seiner Arbeit zu Teil werden zu lassen, ihn genügend kleiden, essen, trinken, lernen, erholen lassen zu können usw. Heute ist der Arme auf die Gnade und Barmherzigkeit seiner Mitmenschen angewiesen, heute ver-

liert er durch Empfangnahme öffentlicher Armenunterstützung seine politischen Rechte, was sicher für den Arbeiter trübend ist. Da nun der Arbeiter der ist, der alle Werte durch seine Arbeit erzeugt, hat auch er das Recht auf Existenz und Leben. Darum: Sozialisierung des Grund und Bodens und der Arbeitsmittel!

Militärische Nachrichten.

Berlin. (Die Umlegetragenen.) Die zur Einführung in der Armee in Aussicht genommenen Umlegetragenen haben nach dem Hannoverischen Courier bei den Trageproben den Erwartungen nicht entsprochen und sich nicht als praktisch erwiesen. Dieselben dürften daher nicht zur Einführung gelangen; im übrigen werden die Versuchstrageproben noch fortgesetzt.

Marz. (Soldatenmißhandlung.) Die Neuesten Nachrichten schreiben: Der Unteroffizier Schneeberger vom Fusaren-Regiment Nr. 13 soll einem Rekruten aus Hofheim (Taunus) eine Pferdebede, an der sich eine Schnalle befand, in das Gesicht geschlagen haben, wodurch ein Auge sofort auslief und das andere derart verletzt wurde, daß man auch den Verlust dieses Auges befürchten muß. Strenge Untersuchung ist eingeleitet und der Unteroffizier in Haft genommen.

Paris. (Gefrierübungen.) Die Kälte hat in Frankreich sich noch weit mehr fühlbar gemacht als in Deutschland und unfähliche Vetten über die ärmere Bevölkerungs-klasse gebracht. Viele Menschen sind direkt erfroren, allein das ist nicht das Schlimmste; die Zahl der Todesfälle hat infolge des anhaltenden Frostes in wahrhaft erschreckendem Maß zugenommen. Und infolge der Rücksichtslosigkeit der Militärbehörden, welche trotz der Kälte an vielen Garnisonsorten die Übungen der Soldaten ganz wie bei normalem Wetter vornehmen ließen, sind sehr viele Soldaten erkrankt und Duzende bereits gestorben. Namentlich in Dijon haben die „Kälte-Übungen“ zahlreiche Opfer gefordert. Die Sache wird in der Kammer zur Sprache kommen. Die Entrüstung ist groß. Jedenfalls ist wieder Del in den Haß der Franzosen gegen den Militarismus gegossen worden, worüber wir uns freuen können.

Parlamentarische Nachrichten.

Eine Amtsversammlung des Amtes Gohfeld-Mennighüffen hat gegen die Tabaksteuer protestiert und beschlossen, dem Reichstage eine Petition zu unterbreiten in der die Ablehnung der Vorlage befürwortet wird. Die Petition führt aus, daß im Amte zirka 560 Cigarrenarbeiter-Familien wohnen, deren Existenz durch die Vorlage bedroht ist. Wie darf man mit dieser erdrückenden Steuer eine blühende Industrie verkümmern, zahllose Arbeiter brotlos machen und Gemeinden verarmen lassen? — heißt es in der von dem Amtmann Schrafamp unterzeichneten Petition, welche mit den Worten schließt: Die Mitglieder des hohen Reichstages fühlen wir uns dringend zu bitten verpflichtet, der geplanten Besteuerung des Tabaks und seiner Fabrikate ihre Zustimmung zu verweigern, um unsere Gegend vor sicherem Niedergang und Verarmung zu schützen. Wir werden ja sehen, welche Stellung die einzelnen Parteien der Vorlage gegenüber einnehmen. Die Sozialdemokratie ist einstimmig gegen die Vorlage, das haben wir mehrfach hervorgehoben und versteht sich ganz von selbst.

Zur Reichstagswahlwahl in Eisenach hat Abg. Richter die nachstehende Interpellation gestellt mit den Unterschriften der Freireligiösen Volkspartei, der Centrumpartei, der Nationalliberalen, der Sozialdemokraten, der Deutschen Volkspartei und der Deutschsozialen Partei: Das Großherzoglich Weimarische Staatsministerium hat nach der Ungültigkeitserklärung des Mandats des Reichstagsabgeordneten Casselmann zum 14. März die Ersatzwahl für den Wahlkreis Eisenach ausgeschrieben auf Grund der alten Wählerlisten vom Mai 1893. Solches widerspricht dem Reglement zum Reichstagswahlgesetz von 1869 nach Wortlaut und Sinn sowie nach der Auslegung, welche das Reglement übereinstimmend seitens des Reichstags wie der verbündeten Regierungen stets gefunden hat. Die ausgeschriebene Wahl würde daher von vornherein der Gültigkeit entbehren. Ich erlaube mir daher, den Herrn Reichskanzler zu fragen, ob derselbe hiervon Kenntnis genommen hat und gesonnen ist, in Gemäßheit des Art. 17 der Verfassung (Ueberwachung und Ausführung der Reichsgesetze) die großherzoglich weimarische Regierung zu ersuchen, unter Zurücknahme der Wahlauschreibung eine Neuaufstellung der Wählerlisten zu veranlassen. — Da die Interpellation von einer großen Mehrheit des Reichstags unterstützt ist, so ergiebt sich von vornherein die Ungültigkeit der Eisenacher Wahl, im Falle daß die großherzogliche Regierung nicht das Wahlauschreiben zurücknimmt und Anfertigung neuer Wählerlisten veranlaßt.

Neueste Nachrichten.

Belgrad. Sämtliche Subapfer-Biätter wurden vorgelesen von der hiesigen Presspolizei wegen böswilliger Auspreisungen gegen das serbische Königtum konfiszirt.

London. In Blackburn (Lancashire) wurde der Sozialist Purley mit 17 468 Stimmen in der Schulart gewählt.

Tefago. 2000 Menschen getödtet wurden bei der Explosion des Pulvermagazins eines Forts zu Tefago auf der Insel Formosa (an der südlichen Küste von China).

Warschau. Man meldet aus Warschau: In dem Dorfe Orława wurde der reiche Gutsbesitzer Davidowicz mit Frau, 5 Kindern und 2 Dienstmädchen ermordet und beraubt. Von den Raubmördern fehlt jede Spur.

Litteratur.

„Die Sozialdemokratie und das allgemeine Stimmrecht, mit besonderer Berücksichtigung des Frauen-Stimmrechts und Proportional-Wahlrechts“, so betitelt sich die neueste, jedoch erschienenen Schrift von August Bebel. Das Erscheinen der Schrift entspricht einem Bedürfnisse des Kölner Parteitag. Erscheint sie auch spät, so wird sie doch ihre Aufgabe, die Massen über die Bedeutung des Wahlscheitens in den Bundtagen und allen anderen mit dem Wahlrecht zusammenhängenden Fragen aufzuklären, ganz erfüllen. Die Arbeit bedeutet eine wertvolle Bereicherung unserer Parteilitteratur, sie erschöpft das Material und wird im Laufe des agitativen Winters. Besellungen nimmt die Expedition der Volksstimme entgegen.

